

## Hochkonjunktur für Bildungsfragen



Der im Sommer veröffentlichte Bericht „Bildung in Deutschland 2008“, die Publikation „Bildung auf einen Blick“ der OECD und der Bildungsgipfel von Bundeskanzlerin Merkel sind ausgewählte Beispiele, die sehr deutlich dokumentieren, dass das Thema Bildung Konjunktur hat.

Der von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und dem

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bei vier unabhängigen Bildungsforschungsinstituten in Auftrag gegebene indikatorengestützte „Nationale Bildungsbericht 2008“ ist eine fast unerschöpfliche Quelle von Zahlen und Fakten zum Thema Bildung. Insbesondere wegen seiner Analyse der Übergänge von der Sekundarstufe I in die berufliche Ausbildung oder Hochschule und den hoffentlich anschließenden erfolgreichen Übergang in den Arbeitsmarkt ist er für den Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen hochinteressant, denn die kaufmännischen Schulen arbeiten genau an diesen Schnittstellen des Bildungssystems.

Aus dem Bildungsbericht lassen sich einige Aspekte zusammenfassen, in denen die zentralen Herausforderungen deutlich werden. Dazu gehören im quantitativen Bereich:

- eine Verbesserung der Angebote für die unter dreijährigen Kinder;
- eine Intensivierung der vollschulischen (vollqualifizierenden) Berufsausbildung;
- eine Verbesserung des Übergangssystems;
- eine Erhöhung der Studierendenzahl und
- eine Ausweitung und intensivere Nutzung der Weiterbildungsmöglichkeiten.

Die qualitativen Herausforderungen sehen die Gutachter vor allem in der Notwendigkeit, gezielt Fördermaßnahmen in Problemsituationen anbieten zu können, in einer deutlichen Reduzierung der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss, in einer Verbesserung der Kompetenzen in der Sekundarstufe I, um die Übergangsproblematik zu entschärfen und schließlich in einer gezielten Unterstützung der Schülerinnen und Schüler mit Migrantenhintergrund. Mit einer pauschalen Bewertung dieser Problemlagen sollte man vorsichtig sein, solchen Bewertungen haftet schnell zumindest ein Hauch von Populismus an. Es gibt eine Reihe positiver Aspekte; es muss aber klar herausgestellt werden, dass massiver Handlungsbedarf besteht. Zu den positiven Aspekten gehören u. a. die Tatsachen, dass das Bildungsniveau in den letzten Jahren gestiegen ist oder dass die Wahrnehmung von Bildungsangeboten in Deutschland auch im internationalen Vergleich relativ hoch ist. Deutlich muss herausgestellt werden, dass wir in der Bundesrepublik weiter daran arbeiten müssen, dass alle Personen – unabhängig von der sozialen Herkunft – Bildungschancen wahrnehmen können; nur dann haben alle die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs.

Hier sind Bund und Länder in der Pflicht, hier müssen sie z. T. das humanistische Primat des Denkens aufgeben. Handeln kann bedeuten, dass praktizierte Maßnahmen intensiviert, modifiziert oder auch nach kritischer Analyse aufgegeben werden. Mit Sicherheit müssen auch Schwerpunkte neu gesetzt werden, um die Schwachstellen zu beseitigen.

Das Bundeskabinett hat nach zweimaliger Beratung Position zum Bildungsbericht bezogen. Besonders herausgestellt wurden:

- die Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen, insbesondere der Beherrschung der deutschen Sprache;
- Intensivierung der Berufsorientierung und Stärkung der Ausbildungsfähigkeit;
- Umstrukturierung/Weiterentwicklung des Übergangssystems zu einem Ausbildungseinstieg;
- Ausbau der Aufstiegswege;
- Erweiterung der Studienchancen.

Das sind Entscheidungen, die den kaufmännischen Schulen weiterhelfen können, weil sie die richtigen Problembereiche ansprechen. Es sind zunächst noch Absichtserklärungen. Hier muss geprüft werden, wie die Bundesländer auf solche Maßnahmen reagieren; konkret, ob sie diese mittragen, unterstützen oder vielleicht auch nur begleiten. Das sind Fragen und Entscheidungen, die im Vorfeld und nach der Durchführung des „Dresdener Bildungsgipfels“ vom 22. Oktober 2008 zunehmend an Bedeutung gewinnen und die der Verband kritisch begleiten muss.

Die fünf Maßnahmepakete, die von der Bundesregierung festgelegt worden sind, stoßen zunächst auf Akzeptanz. Aber erst nach einer inhaltlichen Konkretisierung und der Analyse der Maßnahme kann man konkret Stellung beziehen. Der VLW wird das tun. Er macht aber schon jetzt auf die folgenden Aspekte aufmerksam:

- die beobachtbare Durchlässigkeit nach unten muss gebremst werden;
- die hohe Quote der Abgänger ohne Schulabschluss muss drastisch verringert werden;
- das zukünftige Arbeitskräftepotenzial darf nicht gefährdet werden, sondern muss stabilisiert und gefördert werden;
- die beruflichen Schulen dürfen nicht angesichts der Akademisierung herabgestuft werden;
- eine notwendige Optimierung des Übergangssystems muss die schulischen Leistungen in einer adäquaten Weise berücksichtigen und im Veränderungsprozess nutzen; die Orientierung an kurzfristigen Verwertungsinteressen in diesem Aufgabenfeld muss nicht – wie die aktuellen Turbulenzen im Finanzbereich zeigen – der Königsweg sein.

Der Verband wird den weiteren Diskussionsprozess kritisch beobachten und begleiten; er stützt die Zielsetzung der Bundeskanzlerin, die Bundesrepublik zu einer Bildungsrepublik zu entwickeln.

JOCHEN BÖDEKER